

## Grundposition für eine sozial gerechte Klimapolitik

---

Der Klimawandel verändert die Welt, in der wir leben. Gesundheitsrisiken nehmen zu und soziale Schieflagen verschärfen sich. Der Umgang mit dem Klimawandel ist daher eine zutiefst soziale Frage. Sowohl die Ursachen als auch die Wirkungen der Klimaveränderungen sind ungleich verteilt. Mit höherem Einkommen und Vermögen steigt der Ausstoß von Treibhausgasen und die Kapazität, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Einkommensarme Menschen sind hingegen besonders betroffen, da sie häufiger an Orten mit hohen Luftschadstoffen und Lärmbelastungen leben und negativen Klimafolgen eher ausgeliefert sind. Gleichzeitig sind ihre finanziellen Mittel begrenzt, um beispielsweise durch den Einbau klimaschonender Heizungen oder den Kauf energiesparender Haushaltsgeräte höhere Energiekosten zu vermeiden und zum Klimaschutz beizutragen. Zudem leiden vor allem ältere und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit chronischen Krankheiten und Behinderungen sowie Kinder unter den gesundheitlichen Lasten des Klimawandels.

Die Möglichkeiten, klimapolitische Maßnahmen umzusetzen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, sind somit höchst unterschiedlich. Erforderlich ist daher eine Politik, welche die Anstrengungen zur Eindämmung der Klimakrise und die Bemühungen zur Anpassung an ihre Folgen gerecht auf die Schultern der Gesellschaft verteilt und allen Menschen ein würdiges Leben im Wandel ermöglicht.

Um eine sozial gerechte Klimapolitik zu erreichen, fordern wir:

- **Klimageld zeitnah einführen:** Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung steigt und führt vor allem zu Belastungen für einkommensarme Menschen. Als vorübergehende Maßnahme bis mehr bezahlbare fossilfreie Alternativen bestehen, profitieren Menschen mit niedrigem Einkommen von diesem Kompensationsmechanismus.
- **Wohnen im Klimawandel bezahlbar machen:** Der Bau und Betrieb von Gebäuden führt zu hohen Treibhausgas-Emissionen. Wetterextreme wie Hitze und Hochwasser machen ebenfalls Anpassungen im Wohnsektor nötig. Für Eigenheimbesitzer, Vermieter und Mieter bedeutet das Zusatzkosten. Insbesondere Menschen, die schon heute einen erheblichen Teil ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben, geraten damit weiter unter Druck. Daher braucht es mehr Förderungen, um klimaschädliche Folgen des Wohnens zu senken und um unter sich verändernden Klimabedingungen bezahlbar wohnen zu können.
- **Gemeinschaftliche Wärmenetze fördern:** Bislang setzt die Klimapolitik auf individuelle Anreize, wodurch vor allem einkommensstärkere Menschen bevorzugt werden, die sich beispielsweise die Installation einer Wärmepumpe leisten können. Haushalte mit niedrigem Einkommen dürfen jedoch nicht außen vor bleiben. Je mehr Haushalte individuelle Lösungen finden, desto schwieriger wird die

Etablierung gemeinschaftlicher Lösungen, wie der Ausbau von Fernwärmenetzen. Dabei muss die Preisgestaltung transparent sein und darf gerade Menschen mit geringen Einkommen nicht übervorteilen.

- **Mobilitätswende sozialverträglich gestalten:** alle Menschen brauchen einen gleichwertigen Zugang zu einer klimagerechten, bezahlbaren und barrierefreien Mobilität. Dafür muss das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere in ländlichen Räumen, ausgebaut werden. Verkehrsmittel, Verkehrsinfrastruktur und digitale Dienste müssen barrierefrei gestaltet werden.
- **Grüne und blaue Infrastruktur fördern:** Grün- und Wasserflächen mildern die Folgen des Klimawandels ab, wirken positiv auf das Mikroklima in Quartieren und steigern die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Bei Starkregenereignissen kann Wasser besser abgeleitet und zurückgehalten werden als bei versiegelten Flächen. Umgekehrt kann Wasser bei hohen Temperaturen effektiver verdunstet und zur Kühlung beitragen. Freiluftschneisen und Grünflächen sichern zudem die Luftzirkulation in und um Siedlungsgebiete, tragen zur Luftreinigung bei und ermöglichen Kühlung durch Schattenwurf.
- **Hitzeaktionspläne etablieren:** Sowohl in den Kreisen, Städten und Gemeinden als auch einrichtungsbezogen bei Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kindertagesstätten sind Hitzeaktionspläne zu entwickeln, die kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zum Schutz vor Hitzeextremen definieren. Bund und Land sind gefordert, die Entwicklung solcher Pläne durch Mustervorlagen und Informationsveranstaltungen für die Verantwortlichen aus Kommunen und sozialen Einrichtungen zu unterstützen.
- **Aufklärung über Klimafolgen betreiben:** Zunehmende Hitzeextreme sind ein Gesundheitsrisiko, weshalb mehr über das richtige Verhalten bei extremer Hitze informiert werden muss. Kommunen können hier etwa den Hitzeknigge des Umweltbundesamtes als niedrigschwelliges Informationsangebot bereitstellen oder andere Formen der Informationsvermittlung bemühen. Informationen von Bund, Ländern und Kommunen zum Schutz vor Gesundheitsrisiken des Klimawandels müssen regelmäßig weiterentwickelt und auch in Leichter Sprache verfügbar gemacht werden.
- **Klimafolgen im Katastrophenschutz beachten:** Die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse steigt durch den Klimawandel. Land und Kommunen als zuständige Ebenen im Katastrophenschutz müssen die Folgen des Klimawandels einplanen und geeignete Maßnahmen vorhalten. Dabei ist die Rettung schwerstpflegebedürftiger Menschen, die aus eigener Kraft keine sicheren Orte erreichen können, von besonderer Bedeutung.